



**FERNWASSER
VERSORGUNG**
ELBAUE-OSTHARZ GmbH



GESCHÄFTSBERICHT 2019

Inhalt

DAS UNTERNEHMEN

- Kennzahlen | **5**
- Versorgungsgebiet | **6**
- Anlagen und Kapazitäten | **7**
- Gesellschafter | **8**
- Interview mit der Geschäftsführung | **12**

DER AUFSICHTSRAT

- Mitglieder | **15**
- Bericht des Aufsichtsrates | **16**

ÜBER DIE NEUORDNUNG DER GESELLSCHAFT

- Der Ablauf | **19**
- Der Prozess der Gesellschafter-
neuordnung im Überblick | **20**

DER JAHRESBERICHT

- I. Rahmenbedingungen | **25**
- II. Geschäftsverlauf 2019 | **26**
- III. Ziele und Strategien | **32**
- IV. Forschung und Entwicklung | **33**
- V. Prognose | **34**
- VI. Risikobericht | **35**
- VII. Unternehmerische Verantwortung | **38**

DER JAHRESABSCHLUSS

- Gewinn- und Verlustrechnung | **41**
- Bilanz | **42**
- Bestätigungsvermerk | **46**
- Trinkwasserqualität | **50**

Impressum | **51**

Das Unternehmen

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH ist der größte mitteldeutsche Wasserversorger. Als Vorversorger beliefert das Unternehmen örtlich und regional tätige Wasserversorgungsunternehmen, Wasserzweckverbände und Industriekunden mit Trinkwasser aus dem Harz und der Elbaue im Raum Torgau.

Das Versorgungsgebiet reicht von Halberstadt im Harzvorland über Halle und Leipzig bis Torgau an

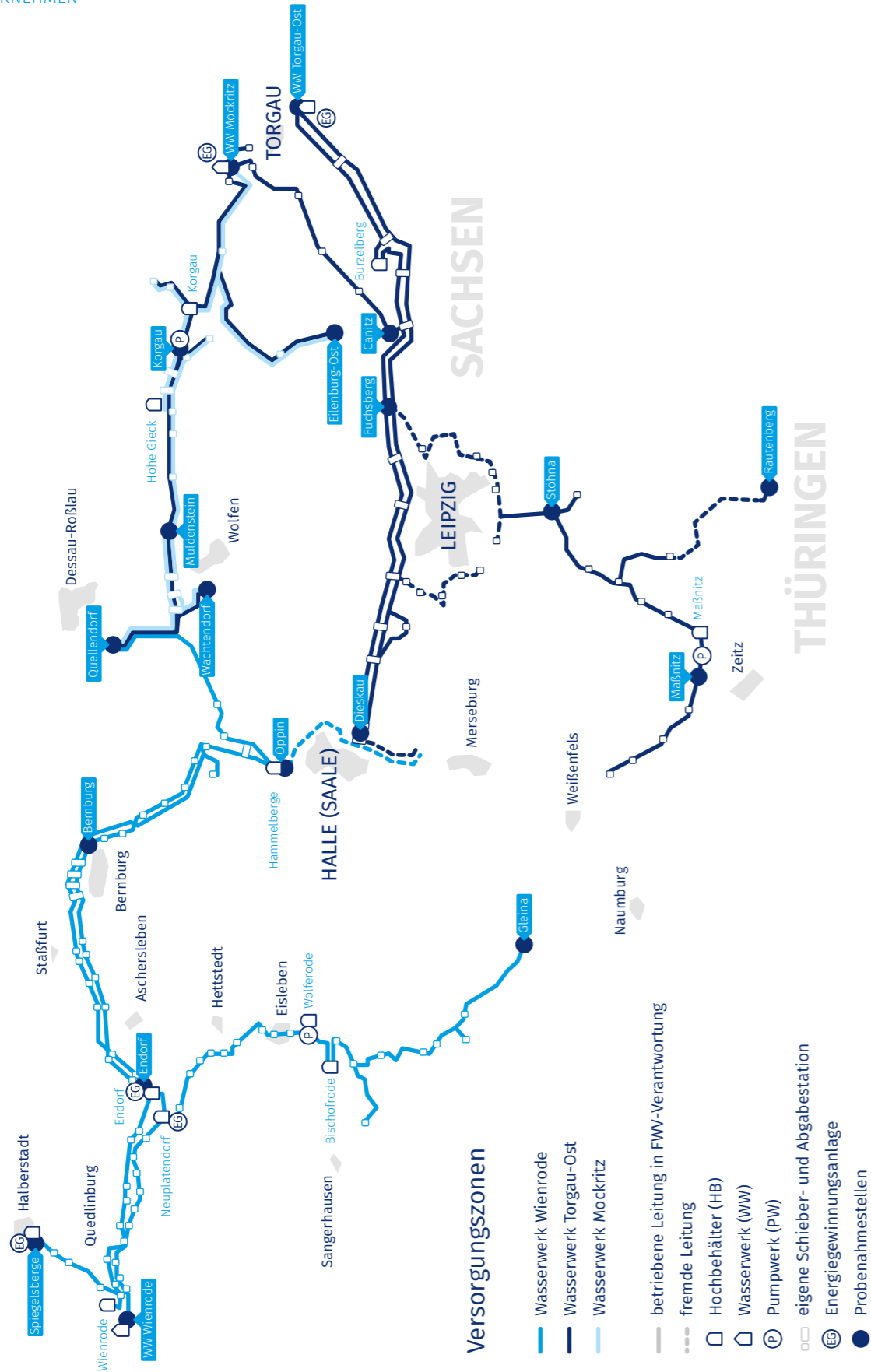
der Elbe, nördlich bis Dessau sowie südlich bis Freyburg, Zeitz und Altenburg. So werden rund zweieinhalb Millionen Menschen in den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit Trinkwasser aus der Elbaue und dem Ostharz versorgt.

Im Unternehmen sind mehr als 200 Mitarbeiter an insgesamt sechs Standorten beschäftigt.

Die wichtigsten Zahlen im Überblick Kennzahlen

	2019	2018
BILANZ	T€	T€
Aktiva		
Immaterielle Vermögensgegenstände	83	119
Sachanlagen	152.802	147.804
Passiva		
Eigenkapital	124.794	122.495
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.232	23.604
Bilanzsumme	162.488	158.171
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	T€	T€
Umsatzerlöse	44.502	49.700
Andere aktivierte Eigenleistungen	2.538	2.461
Sonstige betriebliche Erträge	1.117	1.021
Materialaufwand	16.532	22.070
Personalaufwand	14.074	13.545
Abschreibungen	9.016	8.892
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.585	5.506
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	505	568
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12	82
Ergebnis nach Steuern	2.437	2.519
Sonstige Steuern	139	136
Jahresüberschuss	2.299	2.382
ANZAHL PERSONEN		
Beschäftigte insgesamt	214	212
plus Azubis	6	6
INVESTITIONEN	T€	T€
Investitionen in Anlagevermögen	14.124	14.158
TRINKWASSERVERKAUF	m³	m³
Trinkwasserverkauf/Jahr	80.223.024	81.439.815
Durchschnittlicher Verkauf/Tag	219.789	223.123
WASSERWERKSKAPAZITÄTEN	m³/Tag	m³/Tag
	340.000	340.000
BEHÄLTERKAPAZITÄTEN	m³	m³
	201.250	201.250
FERNLEITUNGSLÄNGEN	km	km
	789	775

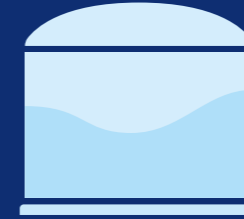
SACHSEN-ANHALT



Anlagen und Kapazitäten

201.250 m³

Behälterkapazität
gesamt

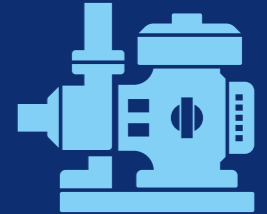


- Hammelberge, Burzelberg (40.000)
- Wienrode (25.000)
- Hohe Gieck, Endorf, Bischofrode (20.000)
- Neuplatendorf, Spiegelsberge, Wolferode (10.000)
- Korgau (5.000)
- Maßnitz (1.250)

340.000 m³/Tag

Gesamtleistung der
Wasserwerke

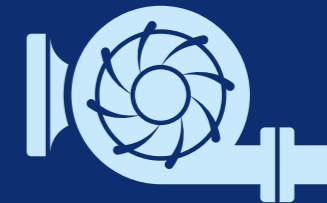
- Wienrode (180.000)
- Torgau-Ost (100.000)
- Mockritz (60.000)



90.480 m³/Tag

Gesamtleistung der
Pumpwerke

- Korgau (48.000)
- Wolferode (25.200)
- Maßnitz (17.280)



789 km

Gesamtlänge
Fernwasserleitungssystem



9.388.389 kWh/2019

Einspeisearbeit
erneuerbare Energien



- Turbine Endorf I (3.950.247)
- Turbine Endorf II (2.112.531)
- Turbine Neuplatendorf (1.816.299)
- Turbine Spiegelsberge (371.850)

- Photovoltaikanlage Torgau-Ost (741.463)
- Photovoltaikanlage Mockritz (258.877)
- Photovoltaikanlage Zentrale (137.122)

Gesellschafter

GESELLSCHAFTER	Anteile
Stadt Leipzig	24,4474
Stadt Halle (Saale)	24,2982
Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH – TWM	8,3651
Stadt Bitterfeld-Wolfen	6,2888
Stadt Aschersleben	2,4277
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Ostharz	2,2032
Stadt Bernburg	2,0790
Stadt Dessau-Roßlau	1,9709
Stadt Merseburg	1,8590
Stadt Hettstedt	1,8099
Stadt Gräfenhainichen	1,5207
Lutherstadt Eisleben	1,4888
Stadt Sandersdorf-Brehna	1,2256
Große Kreisstadt Torgau	1,1815
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Bad Dürrenberg	1,1653
Stadt Ballenstedt	1,0596
Gemeinde Teutschenthal	0,9940
Stadt Seeland	0,9365
Stadt Schkeuditz	0,9011
Gemeinde Petersberg	0,8285
Stadt Leuna	0,7812
Gemeinde Muldestausee	0,7806
Gemeinde Kabelsketal	0,7483
Große Kreisstadt Eilenburg	0,6342
Gemeinde Schkopau	0,6333
Stadt Nienburg (Saale)	0,6181
Gemeinde Salztal	0,6160
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH/ Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	0,5700
Gemeinde Mockrehna	0,5445
Stadt Quedlinburg	0,5217
Stadt Bad Schmiedeberg	0,5177

GESELLSCHAFTER	Anteile
Große Kreisstadt Wurzen	0,4526
Stadt Taucha	0,4324
Stadt Gerbstedt	0,4101
Stadt Wettin-Löbejün	0,4079
Stadt Markkleeberg	0,3631
Stadt Mansfeld	0,3398
Stadt Landsberg	0,3356
Gemeinde Laußig	0,3189
Stadt Könnern	0,3011
Gemeinde Klostermansfeld	0,2537
Stadt Arnstein	0,2135
Gemeinde Helbra	0,1699
Stadt Dommitzsch	0,1699
Verbandsgemeinde Saale-Wipper	0,1541
Stadt Kemberg	0,1537
Gemeinde Trossin	0,1525
Gemeinde Doberschütz	0,1502
Stadt Raguhn-Jeßnitz	0,1382
Stadt Südliches Anhalt	0,1338
Stadt Falkenstein/Harz	0,1226
Gemeinde Elsnig	0,1220
Gemeinde Wimmelburg	0,1129
Gemeinde Bornstedt	0,0896
Gemeinde Dreiheide	0,0896
Gemeinde Benndorf	0,0792
Stadt Braunsbedra	0,0704
Stadt Belgern-Schildau	0,0509
Stadt Blankenburg	0,0457
Gemeinde Hergisdorf	0,0420
Stadt Zörbig	0,0380
Goethestadt Bad Lauchstädt	0,0315
Stadt Köthen (Anhalt)	0,0224
Gemeinde Jesewitz	0,0077
Gemeinde Lossatal	0,0077
Einheitsgemeinde Osternienburger Land	0,0004

Klima und Umwelt

Keine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen prägt das Unternehmen derzeit so stark wie der Klimawandel. Wie zuvor die folgenschweren Hochwasser haben die letzten Trockenjahre deutlich vor Augen geführt, welche Veränderungen in der Wasserwirtschaft zu erwarten sind. Unsere Aufgabe ist es, die infrastrukturelle Basis so zu stärken, dass eine zuverlässige Wasserversorgung auch während länger anhaltender Extreme sichergestellt werden kann und trotzdem eine sozialverträgliche Preisgestaltung weiterhin möglich bleibt.



Die Geschäftsführung

Wertvolle Erfahrungen

Technischer Geschäftsführer Dr. Peter Michalik (P.M.) und Kaufmännischer Geschäftsführer Jan Wollenberg (J.W.) ziehen Resümee über das entscheidende Jahr zur Neuordnung der Gesellschaft unter den neuen Anteilseignern.



Jan Wollenberg
Geschäftsführer

Herr Wollenberg, wenn man auf die Unternehmensentwicklung der vergangenen Jahre schaut, kann man doch sagen: „Es läuft!“ Stimmen Sie zu?

J.W.: Es läuft auf jeden Fall besser, als wir es vor einigen Jahren noch zu hoffen gewagt hatten. Das ist natürlich sehr schön und auch eine Bestätigung unserer Arbeit. Man muss aber auf dem Boden der Tatsachen bleiben und hier stellt man fest, dass mit dem Licht auch Schatten auftauchen, die wir so vorher noch nicht gesehen haben. Unsere guten Jahre hängen stark mit den ersten spürbaren Auswirkungen des Klimawandels zusammen. Jeder erinnert sich noch gut an die Tage im vergangenen Jahr, an denen das Thermometer über 40 Grad Celsius anzeigte. Wie wichtig war da frisches Wasser zur freien Verfügbarkeit. Bisher haben wir keine Bereitstellungsprobleme gehabt. Unsere Zielstellung muss sein, auch in Zukunft bei sich verschärfenden Rahmenbedingungen ein zuverlässiger Trinkwasserlieferant zu sein. Dies im Einklang mit Fragen der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu lösen, wird eine anspruchsvolle Aufgabe sein.

Herr Dr. Michalik, 2019 war geprägt von den Verhandlungen über einen neuen Gesellschaftsvertrag. Welches Resümee ziehen Sie?

P.M.: Wir haben die Gesellschafter in den Verhandlungen über den neuen Gesellschaftsvertrag grundsätzlich als sehr konstruktiv erlebt. Bei so vielen kommunalen Anteilseig-

nern ist es nicht anders zu erwarten, dass es zu dem einen oder anderen Punkt divergierende Vorstellungen gibt. Diese kann man unterschiedlich interpretieren. Ich würde die positive Seite hervorheben und daraus ableiten, dass ein sehr großes Interesse an der Gesellschaft vorhanden ist und man sich der Bedeutung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH als ganz wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge im mitteldeutschen Raum sehr wohl bewusst ist. Dazu passt auch das einvernehmlich artikulierte Bekenntnis, die kommunale Beherrschung des Unternehmens, um die man so lange gerungen hat, langfristig abzusichern.

Können Sie aus den Gesprächen und Verhandlungen schon ableiten, welche strategischen Ansätze die Gesellschafter verfolgen beziehungsweise welche sie zu unterstützen bereit sind?

P.M.: Erste Ansätze lassen sich aus den Formulierungen des Gesellschaftsvertrages ableiten, wenn-



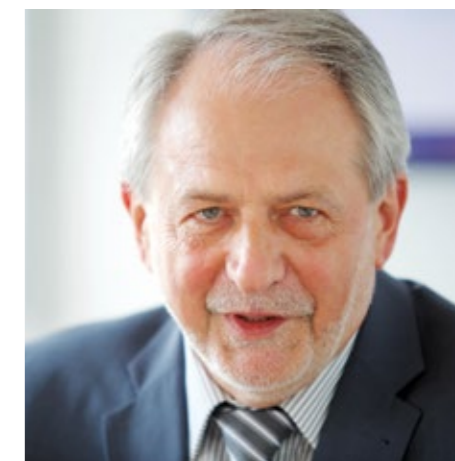
gleich eine grundsätzliche Diskussion oder gar Beschlussfassung dazu noch nicht erfolgen konnte. Wichtig wird für die Zukunft des Unternehmens sein, dass die konzeptionellen Erkenntnisse, die im fortgeschriebenen Fernwasserentwicklungskonzept niedergelegt sind, als Grundlage für die Arbeit der kommenden Jahre bestätigt werden.

Die Kernfrage ist die nach den Kapazitäten, die in Zukunft für Gewinnung und Aufbereitung vorzuhalten sind. Gegenwärtig erfolgen Voruntersuchungen, um das Wasserwerk Sachau mit einer Kapazität von 20.000 Kubikmetern pro Tag zu reaktivieren. Wir haben die Aufgabe, in den kommenden Wochen und Monaten die Erkenntnisse dieser Voruntersuchungen entscheidungsreif zusammenzufassen. Dabei müssen wir neben den wirtschaftlichen Auswirkungen auch deutlich machen, welche Risiken bestehen, wenn wir auf diese zusätzliche Kapazität verzichten.

Die bereits registrierten Folgen des Klimawandels kann man nicht als einmalige Ereignisse abtun – alle Experten bestätigen, dass in Zukunft mit derartigen Wetterextremen gehäuft zu rechnen ist. Die Rohwasserbasis breiter abzusichern, muss daher verstärkt verfolgt werden. Unterbleibt diese Anstrengung, könnte schon sehr bald der Fall eintreten, dass unser Unternehmen zur Wachstumsbremse für die Region wird, dass die Ansiedlung von Industrie mit entsprechendem Wasserbedarf nicht mehr abgesichert werden kann. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies im Interesse der Gesellschafter ist.

Herr Wollenberg, während der Fertigung dieses Geschäftsberichtes kam es zum Ausbruch des neuartigen Coronavirus Sars-CoV-2. Die Pandemie hat alles auf den Kopf gestellt. Wie sicher ist unsere Wasserversorgung in Krisenzeiten?

J.W.: Wir haben in wenigen Wochen viel Neues gelernt, haben unsere vorhandenen Pandemiepläne anwenden können und festgestellt, an welcher Stelle man noch nachschärfen musste. Wir wissen jetzt genau, unter welchen Voraussetzungen wir auch während einer Pandemie eine absolut sichere Wasserversorgung gewährleisten können. Das sind wertvolle Erfahrungen, und von vielen können wir auch im „Normalbetrieb“ profitieren. Ich sehe uns gut gerüstet für die Arbeit in Extremsituationen und ein besonderer Dank geht hier an unsere Mitarbeiter und ihre Einsatzbereitschaft. Nun hoffen wir, dass alle möglichst schnell aus der Krise finden. Wir sind gespannt, wie sich die Krise auswirken wird und ob wir sie am Jahresende auch im Wasserabsatz ablesen können. Bisher deutet aber nichts darauf hin.



Dr. Peter Michalik
Geschäftsführer

Mitglieder am 31. Dezember 2019

Der Aufsichtsrat

Matthias Lux

Vorsitzender Geschäftsführer der Stadtwerke
Halle GmbH, Halle (Saale)
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Wolf-Dieter Dallhammer

Ministerialrat a.D. im Sächsischen Staatsministerium
für Umwelt und Landwirtschaft, Dresden

Volkmar Müller

Geschäftsführer der Leipziger Versorgungs-
und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

Annerose Müller

Diplomingenieurin für Wasserwirtschaft
Arbeitnehmervertreterin

Uwe Störzner

Geschäftsführer der MIDEWA Wasserversorgungs-
gesellschaft in Mitteldeutschland mbH, Merseburg

Cornelia Gründler

Diplomingenieurin für Werkstofftechnik
Arbeitnehmervertreterin

Thiébauld Mittelberger

Geschäftsführer der Veolia Wasser
Deutschland GmbH, Leipzig

Friedhelm Schlicke

Elektromonteur
Arbeitnehmervertreter

Dr. Ulrich Meyer

Geschäftsführer der Kommunalen
Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

Christian Wenzel

Elektromonteur
Arbeitnehmervertreter

Ulrich Hörning

Bürgermeister und Beigeordneter für Allgemeine
Verwaltung der Stadt Leipzig, Leipzig

Ständiger Gast:

Burkhard Henning

Geschäftsführer des Talsperrenbetriebs
Sachsen-Anhalt AöR, Blankenburg

Torsten Schreiber

Beratungsgesellschaft für
Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (BBVL)

Der Aufsichtsrat

Die Amtszeit des bisherigen Aufsichtsrates endete am 21. Mai 2019 mit der Bestätigung des Jahresabschlusses 2018 und der nachfolgenden Entlastung durch die Gesellschafterversammlung.

Ein neuer Aufsichtsrat konnte zu diesem Zeitpunkt nicht bestellt werden, da es noch keinen bestätigten neuen Gesellschaftsvertrag gab (ausführliche Erläuterungen dazu siehe ab Seite 18).

Daher wurde der Gesellschafterversammlung in der Sitzung am 21. Mai 2019 vorgeschlagen, den

bisherigen Aufsichtsrat bis zur Verabschiedung eines neuen Gesellschaftsvertrages, längstens jedoch bis zum 31. Mai 2020, erneut zu berufen. Dem folgte die Gesellschafterversammlung in der genannten Sitzung.

Somit sind die nebenstehend aufgeführten Mitglieder des Aufsichtsrates während des gesamten Berichtsjahres 2019 ihrem Amt nachgekommen.

In der Verlängerung

Bericht des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2019 hatte die Gesellschaft Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH einen Aufsichtsrat, der sich aus 12 Mitgliedern zusammensetzt. Es fanden drei ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

Mit Ablauf der 38. Gesellschafterversammlung am 21.05.2019, in der über den Jahresabschluss 2018 und die Entlastung des Aufsichtsrates entschieden wurde, endete die reguläre Amtszeit des bis dahin gewählten/entsendeten Aufsichtsrates. Da in der 38. Gesellschafterversammlung noch kein neuer Gesellschaftsvertrag vorlag, der eine praktikable Wiederbesetzung des Aufsichtsrates auf Basis der neuen Eigentümerstrukturen ermöglichte, wurden auf Beschluss der Gesellschafterversammlung die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder in den neuen Aufsichtsrat berufen. Die Amtszeit dieser Aufsichtsratsmitglieder endet mit Wirksamwerden des nach Neufassung des Gesellschaftsvertrages zu treffenden Gesellschafterbeschlusses, mit dem über die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder beschlossen wird, spätestens jedoch am 31.05.2020.

Auf Basis mündlicher und schriftlicher Berichterstattungen der Geschäftsführung wurde die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens behandelt. Dazu zählen auch Berichte zur Entwicklung des Trinkwasserverkaufes und der damit im Zusammenhang stehenden Umsatzerlöse. Gleichfalls wurde der Verlauf großer Aufwands- und Investitionsprojekte vorgestellt und umfassend diskutiert.

Der Aufsichtsrat ist von der Geschäftsführung über die Lage und

Entwicklung der Gesellschaft sowie über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik umfassend unterrichtet worden und hat auf diese Weise die Geschäftsführung überwacht. Die Geschäftsvorfälle von wesentlicher Bedeutung waren Gegenstand eingehender Beratungen.

Zu den diskutierten Schwerpunkten im Rahmen der Aufsichtsrats Tätigkeit im Geschäftsjahr 2019 gehörten:

- der Jahresabschluss des Jahres 2018
- die Wirtschaftsplanung für 2020 sowie die mittelfristige Planung bis 2024
- Berichte über die Vertriebstätigkeit
- die Genehmigung abzuschließender Wasserlieferverträge bzw. Nachträge zu Wasserlieferverträgen
- Berichte über die wiederholt besondere Versorgungssituation im Jahr 2019 und die damit einhergehende Auslastung der Aufbereitungskapazitäten
- Bericht über die qualitative und quantitative Rohwasserverfügbarkeit in der Elbaue und dem Ostharz
- Bericht über die Untersuchungen zur Erhöhung der Aufbereitungskapazitäten und aktuelle Studien zur Reaktivierung des Wasserwerkes Sachau
- die Investitionsschwerpunkte, darunter Ostharzleitung, Hochbehälter Hohe Gieck, Migration Prozessleitsystem, Wasserwerk

Mockritz und eine Erweiterung eines Fernleitungsabschnittes zum Anschluss eines Neukunden

- das Risikomanagement
- der Stand der Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12.12.2018 zur Rekommunalisierung von Geschäftsanteilen und der Neufassung des Gesellschaftsvertrages

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 sind von der durch die Gesellschafterversammlung als Abschlussprüfer gewählten Mazars GmbH & Co. KG, Niederlassung Dresden, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Jahresabschlussprüfung erstreckte sich auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG.

Interessenkonflikte von Aufsichtsratsmitgliedern sind dem Aufsichtsrat nicht bekannt geworden.

Der Aufsichtsrat hat den aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und das Prüfungsergebnis des Jahresabschlussprüfers zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt und der Gesellschafter-

versammlung empfohlen, den Jahresabschluss festzustellen und das Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2019 auf neue Rechnung vorzutragen. Aus der Sicht des Aufsichtsrates betreibt die Geschäftsführung die Geschäfte der Gesellschaft mit der erforderlichen Sorgfalt und unter Beachtung aller satzungsgemäßen und relevanten gesetzlichen Regelungen.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unternehmens für ihren engagierten Einsatz, der Grundlage des erfolgreichen Jahres 2019 war. Unser Dank gilt in gleichem Maße der Geschäftsführung. Sie führt das Unternehmen erfolgreich durch die aktuellen Herausforderungen. Wir bedanken uns zudem bei den Arbeitnehmervertretern und Betriebsräten, die die Entwicklung der Fernwasserversorgung konstruktiv begleiten.

Torgau, 06.05.2020

Der Aufsichtsrat



Matthias Lux
Vorsitzender

Was lange währt ... Über die Neuordnung der Gesellschaft

Im Dezember 2018 wurde ein Jahrzehnte währender Rechtsstreit final entschieden. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigte 66 Anteilseigner als neue Eigentümer der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH. Dies sind all jene sächsischen und sachsen-anhaltischen Kommunen, die zum Stichtag 3. Oktober 1990 Fernwasser vom Unternehmen erhalten haben. Die Größe ihrer Anteile bemisst sich dabei an der Menge des im Oktober 1990 bezogenen Wassers.

Um diese Zuordnung hatten sachsen-anhaltische Kommunen seit 1994 gestritten; mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes erlangte sie endgültige Rechtskraft. Das Jahr 2019 war deshalb schwerpunktmäßig davon geprägt, das Urteil umzusetzen, eine neue Gremienstruktur zu schaffen und die Gesellschaft in einen neuen Arbeitsmodus zu überführen. Das Jahr kann damit auch als „Übergangsjahr“ zur Anpassung an die neuen Gesellschaftsverhältnisse gelten.

Der Ablauf Einigkeit und konstruktive Diskussion

Am 18. März 2019 wurden die neuen Gesellschafter der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH durch das Amtsgericht der Stadt Leipzig in das Handelsregister eingetragen. Zuvor war die Gesellschafterliste erstellt und parallel dazu unter Einhaltung der notwendigen Fristen zur ersten Gesellschafterversammlung eingeladen worden. Diese fand am 28. März 2019 in Torgau statt. Auf der Tagesordnung standen die Vorstellung der Gesellschaft mit ihren wichtigsten Kennzahlen und Schwerpunktaufgaben, Informationen zum Wirtschaftsplan des laufenden Geschäftsjahres sowie erste Ideen zur Neuorganisation der Gremienarbeit. Geleitet wurde das Treffen vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates Matthias Lux sowie von den beiden amtierenden Geschäftsführern Dr. Peter Michalik und Jan Wollenberg.

Nahezu alle neuen Gesellschafter waren durch ihre vertretungsberechtigten Personen präsent. Dadurch wurde das hohe Interesse, dass viele an „ihrer“ Gesellschaft haben, sichtbar. Und bereits von Beginn an bestimmte eine außerordentlich konstruktive Diskussionsatmosphäre das Treffen – ein Umstand, der auch alle folgenden Versammlungen der Gesellschafter prägte.

Der bis dato gültige Gesellschaftsvertrag von 2003 spiegelte die neue Gesellschafterkonstellation nicht wider. Deshalb mussten vor allem die Besetzung des Aufsichtsrates, die Aufgabenzuordnung zu Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung sowie die notwendigen Quoren zur

Beschlussfassung in den Gremien neu geregelt werden. Dabei wurde schnell ersichtlich, dass eine bloße Anpassung einzelner Punkte des Gesellschaftsvertrages nicht ausreichend ist und eine grundsätzliche Neufassung des Gesellschaftsvertrages erforderlich war.

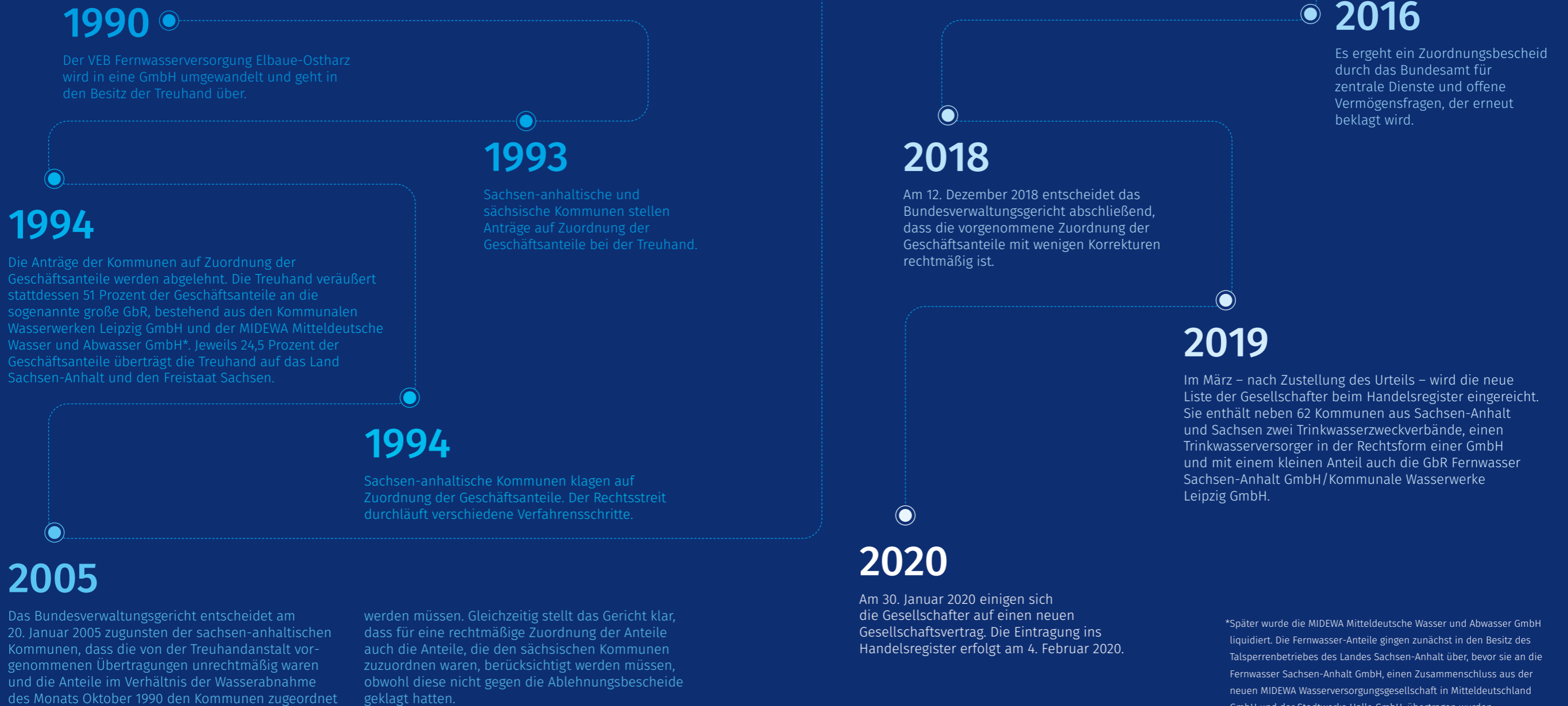
Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet mit Vertretern der Gesellschafter aus den beiden Bundesländern sowie dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung. Sie bekam die Aufgabe, eine erste Entwurfsfassung zu erstellen, grundsätzlich abzustimmen und diese dann der Gesellschafterversammlung auf ihrer zweiten Sitzung am 21. Mai 2019 vorzulegen.

Dort wurde das Papier umfassend diskutiert. Rückblickend kann man festhalten, dass es relativ schnell zu einer Einigung kam, was die zukünftigen Aufgabenschwerpunkte des Unternehmens und seine strategische Ausrichtung betraf. Absolute Übereinstimmung herrschte vor allem auch in der Frage, wie zukünftig die kommunale Beherrschung zu wahren ist, für die über 25 Jahre gestritten wurde. Dies konnte ohne Kontroversen im Text verankert werden.

Deutlich mehr Diskussionsbedarf ergab sich dagegen zu der Vorgehensweise, wie die Aufsichtsratsmandate zu vergeben und die Aufgaben zwischen Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung zu verteilen sind einschließlich der notwendigen Quoren für zu treffende Beschlüsse. »

Der Prozess der Neuordnung der Gesellschaft

Im März 2019 endete mit der Eintragung von nunmehr 66 Gesellschaftern ins Handelsregister ein Prozess, der die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH jahrzehntelang begleitete. Unser Überblick zeigt die wichtigsten Etappen dieser komplizierten Neuordnung.



*Später wurde die MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH liquidiert. Die Fernwasser-Anteile gingen zunächst in den Besitz des Talsperrenbetriebes des Landes Sachsen-Anhalt über, bevor sie an die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, einen Zusammenschluss aus der neuen MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH, übertragen wurden.

Da nach dieser Veranstaltung noch keine Einigung zu genannten Punkten erreicht werden konnte, kam es nun im zeitlichen Verlauf zu folgender Problematik: Nach den Regeln des bisher gültigen (alten) Gesellschaftsvertrages endete die Amtszeit des bisherigen Aufsichtsrates mit der Feststellung des Jahresabschlusses 2018. Diese Genehmigung des Jahresabschlusses stand ebenfalls auf der Tagesordnung besagter Gesellschafterversammlung vom 21. Mai 2019. Demnach musste, um die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, zeitnah ein neuer Aufsichtsrat berufen werden.

Um die Verabschiedung eines neuen Gesellschaftsvertrages weiter vorzubereiten und gleichzeitig ein handlungsfähiges Gremium zu erhalten, wurde der Gesellschafterversammlung empfohlen, den bisherigen Aufsichtsrat bis zur Verabschiedung des neuen Gesellschaftsvertrages, längstens jedoch bis zum 31. Mai 2020, erneut zu berufen. Dem folgte die Gesellschafterversammlung in der genannten Sitzung.

Bevor dieser Beschluss gefasst wurde, bestätigten die bisher entsendenden ehemaligen Gesellschafter und die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt die Entsendung für den Übergangszeitraum. Zudem erklärten die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder dazu ihr prinzipielles Einverständnis.

Nachdem dieser für die Handlungsfähigkeit des Unternehmens wichtige Punkt gelöst war, widmete sich die oben genannte Arbeitsgruppe in der Folgezeit weiterhin der Neufassung des Gesellschaftsvertrages. Dabei wurden die Hinweise aus der umfassenden Diskussion des Erstentwurfs während der Gesellschafterversammlung vom 21. Mai einbezogen. Ziel war es, eine Verabschiedung in der für Anfang Oktober geplanten Gesellschafterversammlung zu erreichen.

Um eine abschließende Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung vornehmen zu können, mussten noch verwaltungs- beziehungsweise kommunalrechtliche Belange mit den für die kommunalen Gesellschafter maßgeblichen Rechtsaufsichtsbehörden abgeglichen werden. Offen war, ob eine Genehmigung durch die Rechtsaufsicht der Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt notwendig ist und ob seitens der Kommunen weitere Punkte bei der Beschlussfassung zu beachten sind.

Um diese Fragen nicht mit mehreren Landkreisen, die in der Regel für die Kommunalaufsicht zuständig sind, abzuklären, erfolgte dies mit den oberen Verwaltungsbehörden, der Landesdirektion Sachsen sowie dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt. Dank der Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände, des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt und des Sächsischen Städte- und Gemeindetags, konnte dieser Prozess in relativ kurzer Zeit abgeschlossen werden. Im Ergebnis standen dem eingeleiteten Verfahren zur Neufassung und Verabschiedung des Gesellschaftsvertrages keine Hindernisse im Wege.

In der Folge wurde darüber diskutiert, wie die Gremienarbeit ausgestaltet werden soll, das heißt welche Beschlusspunkte der Gesellschafterversammlung beziehungsweise dem Aufsichtsrat zuzuweisen seien und welche Quoren dafür jeweils notwendig wären. Man war sich darin einig, aufgrund der Vielzahl von Gesellschaftern mehr Sachverhalte als bisher in den Aufsichtsrat zu verlagern. Mithin fokussierte man sich sehr schnell auf die Besetzung des Aufsichtsrates einschließlich des jeweils zu erreichenden Quorums für die Beschlusspunkte.

Die Schwierigkeit bestand darin, alle im Gesellschafterkreis vertretenen Strukturen angemessen beziehungs-

weise ausgewogen zu berücksichtigen. Zu nennen sind hier:

- Kommunen aus zwei verschiedenen Bundesländern (Sachsen und Sachsen-Anhalt),
- Mischung aus großen Kommunen (Halle, Leipzig), mittelgroßen Kommunen (Bitterfeld, kommunaler Zusammenschluss unter der Trinkwasserversorgung Magdeburg) sowie einer Vielzahl von Kommunen in beiden Bundesländern mit Klein- oder Kleinstanteilen,
- Einbindung einer Arbeitnehmervertretung, auch wenn dies gesetzlich nicht zwingend erforderlich ist.

Die Arbeitsgruppe einigte sich hier auf ein Prozedere und der abschließend formulierte Gesellschaftsvertrag wurde am 1. Oktober 2019 in die Versammlung der Gesellschafter zur Beschlussfassung eingebracht. Allerdings wurde er von dieser nicht angenommen. Als Hindernis erwiesen sich erneut die oben beschriebenen unterschiedlichen Ansichten zur Zusammensetzung des Aufsichtsrates.

Insbesondere die sächsischen Gesellschafter forderten eine Besetzung in der Form, dass durch ihre Vertreter eine Sperrminorität bezogen auf die Summe der Aufsichtsratsmitglieder in jedem Fall erreicht wird und dass wichtige Beschlusspunkte diese im Quorum wiedergeben.

Da in der Gesellschafterversammlung zu diesem Punkt keine Einigung erreicht werden konnte und damit die gesetzlich erforderliche 75-prozentige Mehrheit für eine Satzungsänderung nicht zustande kam, musste die Verabschiedung des Gesellschaftsvertrages vertagt werden.

Erneut wurde die Arbeitsgruppe beauftragt, eine Kompromissformel zu erarbeiten und bei der nächstfolgenden Zusammenkunft der Gesellschafter vorzulegen. Damit konnte

das ursprüngliche Ziel, bis zum Jahresende einen Gesellschaftsvertrag zu verabschieden, nicht erreicht werden. Mithin wurde auch der Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 nochmals im Übergangsaufsichtsrat behandelt und von diesem genehmigt. Die Zeit bis zum Jahresende wurde genutzt, um den Kompromiss zu finden, was letztlich auch gelang. Am 30. Januar 2020 wurde der neue Gesellschaftsvertrag beschlossen. Er wurde durch den hinzugezogenen Notar noch im Januar 2020 beim zuständigen Registergericht eingereicht und von diesem am 4. Februar 2020 in das Handelsregister eingetragen. Mit seiner Veröffentlichung bildet der Gesellschaftsvertrag als verbindliche Satzung die Grundlage für die Arbeit des Unternehmens.

Nunmehr sind die kommenden Aufgaben nach den Regelungen des neuen Gesellschaftsvertrages auszurichten. Nach dem Schlüssel des Gesellschaftsvertrages benannten die entsendungsberechtigten Gesellschafter ihre Aufsichtsratsvertreter der Geschäftsführung, sodass eine Konstituierung des neuen Aufsichtsrates unmittelbar nach der Entlassung des Übergangsaufsichtsrates erfolgen konnte. Der neue Aufsichtsrat konstituierte sich entsprechend am 27. Mai 2020.

Als Nebenschauplatz müssen noch die insbesondere in Sachsen-Anhalt laufenden Bemühungen erwähnt werden, die vielen Kleinanteile zu bündeln. Es ist vorgesehen, einen Verein der Anteilseigner an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zu bilden, der auch die diesem Block zustehenden Aufsichtsratsmitglieder entsendet. Diese Vereinsgründung wird für das Jahr 2020 erwartet.

Der Jahresbericht

Das Jahr 2019 war ganz wesentlich davon geprägt, die Neuordnung der Gesellschaft organisatorisch umzusetzen, wie auf den vorhergehenden Seiten detailliert berichtet. Aber auch wirtschaftlich war das Geschäftsjahr erfolgreich. Wie schon 2018 hatte der Witterungsverlauf darauf einen großen Einfluss. Erneut war es über weite Teile des Jahres sehr trocken und warm mit extremen Temperaturspitzen im Sommer. Daraus resultierten im

Wasserabsatz wiederum Spitzenwerte, sowohl an einzelnen Tagen als auch über mehrere Tage (Q7). Die Nachfrage nach mehr Wasser verstetigt sich. Dazu trägt auch der Trend der Urbanisierung bei. Während der demografische Wandel besonders in den ländlich geprägten Gebieten des Versorgungsgebietes zu beachten ist, sorgen die großen Städte mit Wachstumszahlen ihrer Bevölkerung für steigenden Wasserbedarf.

I. Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Mitteldeutschland war auch im Jahr 2019 gut. Sie führte zu einer anhaltend hohen Nachfrage der versorgten Industriestandorte nach Wasser aus dem Fernleitungssystem. Hinzu kommen neue Ansiedlungen größerer Unternehmen, die ebenfalls Wasser aus dem Fernleitungssystem anfragen. Diese in der Regel über die versorgten Kunden eingehenden Anfragen führen zum Teil zu steigenden Liefermengen an diese Kunden, teilweise auch zur Aufnahme von direkten Vertragsbeziehungen mit den Industriestandorten, insbesondere dann, wenn spezielle Anforderungen an das im jeweiligen Produktionsprozess eingesetzte Wasser gestellt werden.

Unabhängig davon haben in den zurückliegenden Monaten auch langjährige Bestandskunden höhere Bezugsmengen angemeldet. Diese schlagen sich in höheren vereinbarten Vorhalteleistungen in den Lieferverträgen nieder. Eine starke Zunahme der Nachfrage ist zudem aus dem Bereich der Landwirtschaft zu registrieren. Diese Anfragen konnten nur zum Teil positiv beantwortet werden. Zusammengefasst bestätigt die steigende Nachfrage nach Wasser aus dem System des Unternehmens die notwendige Weiterentwicklung der Kapazitäten zur Gewinnung und Aufbereitung, wie sie im Fernwasserentwicklungskonzept dargelegt ist und sich derzeit auch in Planung befindet.

Aus der Arbeit in den Branchenverbänden ist bekannt, dass es analoge Entwicklungen auch in anderen großen Wasserversorgungsunternehmen der Bundesrepublik, speziell bei den Fernwasserversorgern gibt. Dies ist zurückzuführen auf die Folgen des Klimawandels, die sich bereits deutlich bemerkbar machen in hohen Temperaturen, langanhaltenden Tro-

ckenphasen und den daraus resultierenden Auswirkungen besonders in der Land- und Forstwirtschaft.

Als Konsequenz aus der Analyse der sich verändernden äußeren Bedingungen für die Trinkwasserversorgung wird in der Branche übereinstimmend die Auffassung vertreten, dass:

- der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungsinteressen seitens der Politik gesetzlich festgeschrieben werden muss,
- die Unternehmen die Anstrengungen zur Dargebotssicherung verstärken müssen,
- bisherige Redundanzbetrachtungen zu hinterfragen sind; dort wo möglich, sollten Verbünde zwischen Versorgungsunternehmen geprüft werden,
- die Anstrengungen, die Substanz zu erhalten beziehungsweise zielgerichtet an die gestiegenen Anforderungen anzupassen, verstärkt werden und in Unternehmenskonzepte und Wirtschaftspläne aufgenommen werden müssen.

In der Branche dominierte 2019 erneut die Nitratbelastung des über Brunnen gefassten Grundwassers die Diskussion. Die wiederholte Novellierung der Düngeverordnung sorgte für Auseinandersetzungen mit Vertretern der Landwirtschaft bis hin zu den bekannten Bauernprotesten. Obwohl in den Brunnenfassungen der Elbaue-Wasserwerke vergleichsweise sehr große Wassermengen gefördert werden, die wiederum ein weitläufiges Einzugsgebiet bedingen, stellt die Nitratbelastung des Rohwassers kein Problem dar. Mit durchschnittlich gemessenen 1 bis 2 Milligramm je Liter liegen die Werte weit unter dem Grenzwert der Trinkwasserverordnung von 50 Milligramm je Liter. »

Die Zusammenarbeit mit den Landwirten im Einzugsgebiet der Fassungsanlagen sowie die konsequente Umsetzung der Regelungen der jeweiligen Schutzzoneverordnungen (dies im Wesentlichen durch das Handeln der Fachbehörden) müssen auch in Zukunft fortgesetzt werden, um die sehr gute Basis zu erhalten. Nachholbedarf gibt es hier im Einzugsgebiet des Wasserwerks Mockritz, wo die Überarbeitung beziehungsweise Neufassung der Schutzzoneverordnung bereits seit mehreren Jahren überfällig ist.

Im Bereich der Elbaue-Wasserwerke liegt der Schwerpunkt hinsichtlich der Fragen der Qualitätssicherung aus Sicht des Unternehmens nach wie vor darauf, die Problematik der Spurenstoffe sicher zu beherrschen. Ziel muss es sein, die Rohwasserqualität nachhaltig so weit wie möglich von Mikroschadstoffen unbelastet zu halten, um langfristig die Wasserwerke mit naturnahen Aufbereitungsverfahren, das heißt unter Verzicht auf weitergehende Aufbereitung, betreiben zu können.

Dazu wurden im Jahr 2019 wesentliche Anstrengungen im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Einzugsgebiet der Elbe

(AWE) unternommen. Zusammen mit den anderen Gemeinschaften der Wasserversorger entlang der großen europäischen Flussläufe Rhein, Ruhr, Donau, Maas und Schelde wurde eine gemeinsame Stellungnahme zur Fortführung der Wasserrahmenrichtlinie erarbeitet, die zusätzlich in die Neufassung des Europäischen Fließgewässermemorandums mündete.

Für das Rohwasser aus der Rappbodeltalsperre liegt das Augenmerk darauf, wie sich die Huminstoffgehalte entwickeln. Diesbezüglich ist eine gute, abgestimmte Zusammenarbeit mit dem Betreiber der Talsperren, dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR, sehr wichtig, um den begrenzt vorhandenen Spielraum bei der Talsperrenbewirtschaftung weitestmöglich auszuschöpfen.

Beobachtet werden muss künftig verstärkt, wie sich der Temperaturanstieg auf die Wassertemperatur und im Zusammenhang mit den Nährstoffgehalten auf das Algenwachstum auswirken kann. Bisherige Untersuchungen gaben keinen Anlass zur Besorgnis, da aufgrund der großen Tiefe des Talsperrenkörpers Auswirkungen auf die unteren Entnahmehorizonte des Rohwassers nicht festzustellen waren.

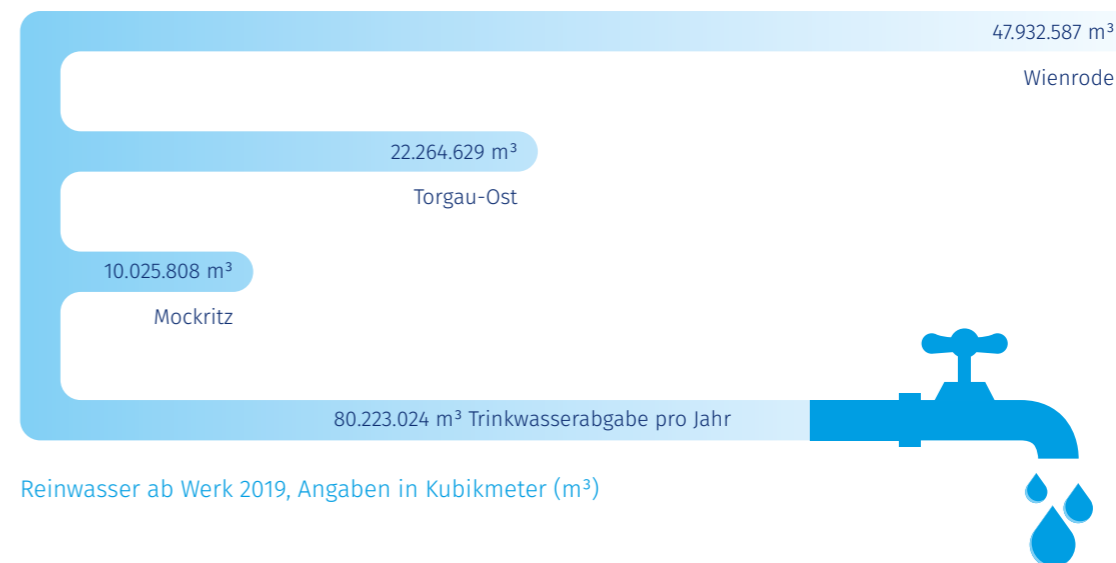
II. Geschäftsverlauf 2019

Seinen Aufgaben ist das Unternehmen auch im Jahr 2019 vollumfänglich nachgekommen. Es konnte eine jederzeit sichere und qualitativ hochwertige Trinkwasserversorgung gewährleisten und dabei ein gutes wirtschaftliches Ergebnis erzielen. Damit wurde die positive Unternehmensentwicklung der letzten Jahre kontinuierlich fortgesetzt.

Der erreichte Trinkwasserabsatz von 80,2 Millionen Kubikmetern liegt zwar 1,2 Millionen Kubikmeter unter

dem Spitzenwert des Vorjahres, kann aber im Mehrjahresvergleich trotzdem als sehr guter Jahreswert bezeichnet werden. Der Planwert 2019 von 77,4 Millionen Kubikmetern konnte deutlich übertroffen werden. Die Absatzsteigerungen gegenüber den Planungen wurden sowohl bei den Weiterverteilern als auch bei den direkt versorgten Industriekunden erzielt.

Insbesondere führte die sehr warme und trockene Witterung bis Au-



Reinwasser ab Werk 2019, Angaben in Kubikmeter (m³)

gust 2019 zu guten Trinkwasserabsätzen. Im Vergleich zum Jahr 2018 waren dabei weiter ansteigende Tagesproduktionswerte in allen drei Wasserwerken zu verzeichnen. Die durchschnittliche Fördermenge der Wasserwerke betrug 219.800 Kubikmeter Wasser pro Tag, die maximale Tagesabgabe wurde am 1. Juli 2019 mit 300.100 Kubikmeter Wasser gemessen. Die höchste Abgabe an sieben zusammenhängenden Tagen (Q7) wurde im Zeitraum vom 25. Juni bis 1. Juli 2019 mit 287.000 Kubikmeter pro Tag registriert.

Aufgrund der guten Absatzentwicklung wurde das geplante Jahresergebnis von 1,62 Millionen Euro deutlich übertroffen. Das erzielte Jahresergebnis von 2,30 Millionen Euro erreicht damit fast den Vorjahreswert von 2,38 Millionen Euro.

Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf 2019 führten zu Umsatzerlösen von 41,48 Millionen Euro. Damit konnten sowohl der Vorjahreswert (40,78 Millionen Euro) als auch der Planwert für das Jahr 2019 (40,34 Millionen Euro) übertroffen werden.

Die sonstigen Umsatzerlöse aus den von Dritten veranlassten Umverlegungen von Fernwasseranlagen sanken mit 1,29 Millionen Euro deut-

lich unter den Vorjahreswert von 7,16 Millionen Euro. Aufgrund einer Reparaturmaßnahme konnten die Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms in einer Höhe von 1,39 Millionen Euro nicht ganz den Umfang aus 2018 von 1,48 Millionen Euro erreichen. Durch den Ausfall einer Turbine im Hochbehälter Neuplatendorf stand diese für circa vier Wochen nicht für die Stromerzeugung zur Verfügung. Leicht gesteigert werden konnten die Umsatzerlöse aus Laboranalysen für unsere Kunden. Dem Vorjahreswert von 143.000 Euro stehen 197.000 Euro in 2019 gegenüber.

Die Gesamtumsatzerlöse des Unternehmens 2019 liegen mit 44,50 Millionen Euro aufgrund der geringeren Umsätze aus Umverlegungen deutlich unter denen des Vorjahres von 49,70 Millionen Euro. Die damit korrespondierenden Aufwendungen sind dementsprechend geringer ausgefallen.

Neben den Umsatzerlösen konnten im Rahmen von Investitionsprojekten aktivierbare Eigenleistungen eigener Mitarbeiter in einer Höhe von 2,54 Millionen Euro realisiert werden. Damit wurde der Vorjahreswert von 2,46 Millionen Euro leicht übertroffen. »

Die sonstigen betrieblichen Erträge (1,12 Millionen Euro) umfassen im Wesentlichen die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe, Ermäßigungen für Netznutzungsentgelte und Versicherungsentschädigungen.

Zusammenfassend wurde im Geschäftsjahr 2019 eine Gesamtleistung von 48,16 Millionen Euro realisiert, die aus vorgenannten Gründen deutlich unter der des Vorjahres von 53,18 Millionen Euro liegt.

Der Materialaufwand betrug 2019 16,53 Millionen Euro und liegt somit deutlich unter dem Vorjahreswert von 22,07 Millionen Euro. Hauptgrund sind geringere Aufwendungen für die Leitungssicherung im Zuge von Baumaßnahmen Dritter. Zu den wichtigsten Einzelpositionen gehören der Stromaufwand, der Fremdbezug von Rohwasser und Instandhaltungsaufwendungen. Die Kosten für den Strombezug reduzierten sich aufgrund leicht verbesserter Einkaufspreise und der etwas geringeren Auslastung der Wasserwerke gegenüber dem Vorjahr um rund 0,26 Millionen Euro auf 4,47 Millionen Euro. Die Kosten für den Bezug von Rohwasser vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR stiegen durch die inflationär bedingte Entgeltanpassung leicht auf 4,45 Millionen Euro an. Die Steigerungen der Instandhaltungsaufwendungen resultieren aus zusätzlich notwendig gewordenen Reparaturen im Anlagenbestand.

Der Personalaufwand erhöhte sich durch Tarifsteigerungen und durch die rechtzeitige Wiederbesetzung altersbedingt freiwerdender Stellen auf 14,07 Millionen Euro (Vorjahr 13,55 Millionen Euro). Zum 31. Dezember 2019 beschäftigte das Unternehmen 214 aktive Mitarbeiter (Vorjahr 212).

Die Abschreibungen steigen erstmalig seit einigen Jahren wieder leicht an. Hintergrund sind die Investitionsumfänge der letzten Jahre von circa 12 bis 14 Millionen Euro. Im Jahr

2019 erfolgten Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einem Umfang von 9,02 Millionen Euro (Vorjahr 8,89 Millionen Euro).

Die größten Einzelpositionen des sonstigen betrieblichen Aufwandes sind die Entgelte beziehungsweise Abgaben für die Wasserentnahme in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. Diese sind ebenso wie die Durchleitungsentgelte aufgrund der etwas geringeren Trinkwasserproduktion und -verteilung gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken.

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Kreditmittel zur Teilfinanzierung notwendiger Investitionen waren jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2019 wurden zwei Kredite mit einer Summe von 5 Millionen Euro aufgenommen. Demgegenüber standen Tilgungen von Krediten in einem Umfang von 2,41 Millionen Euro.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (10,99 Millionen Euro) auf 12,15 Millionen Euro. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen im Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Rückstellungen und Abschreibungen nahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht zu.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit liegt mit 14,09 Millionen Euro auf dem Vorjahresniveau (14,15 Millionen Euro). Die zur Teilfinanzierung der Investitionen notwendigen Kreditaufnahmen führten zu einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von 2,18 Millionen Euro (Vorjahr 2,61 Millionen Euro). Der Finanzmittelbestand zum 31. Dezember 2019 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (2,27 Millionen Euro) leicht auf 2,51 Millionen Euro.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft ist aufgrund der Finanzie-

rungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr (77,4 Prozent) leicht auf 76,8 Prozent gesunken.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivativer Finanzinstrumente bestehen nicht.

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens wurden im Berichtsjahr 14,12 Millionen Euro in die Anlagen und Netze investiert. Neben den Investitionen in noch im Bau befindliche Anlagen (4,85 Millionen Euro) wurde hauptsächlich in technische Anlagen und Maschinen (8,31 Millionen Euro) investiert. Auf Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung entfielen Investitionen in Höhe von 0,84 Millionen Euro, auf immaterielle Vermögensgegenstände 0,01 Millionen Euro und auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten 0,10 Millionen Euro.

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit waren 2019:

- die Erneuerung der Ostharz-Ableitung zwischen Bernburg und Halle (zwei weitere Teilabschnitte konnten in Betrieb genommen werden),
- die Sanierung des Wasserwerks Mockritz (Schnellfilter, Stromversorgung, Grob-aufbereitung und Brunnenbau),
- die Erneuerung des Hochbehälters Hohe Gieck (Inbetriebnahme einer neu errichteten Speicherkammer mit rund 10.000 Kubikmeter Inhalt),
- die Fertigstellung des zweiten „Abschnittes“ des zu migrierenden Prozessleitsystems.

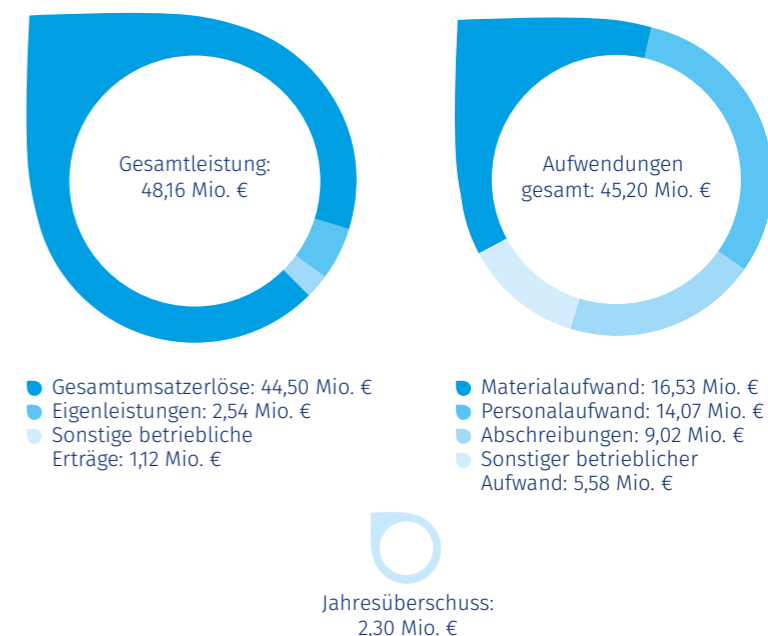
Hinzu kommen wichtige „kleinere Vorhaben“ wie die Erneuerung der Trafostation III in der Fassung des Wasserwerks Torgau-Ost zur Erhöhung der Sicherheit für den U-Pumpenbetrieb in Hochwassersituationen, die Grundüberholung der Membranfilterpresse zur Entsorgung der Rückstände aus dem Aufbereitungsprozess des Was-

serwerks Torgau-Ost oder die Neuinstallation von Pumpen im Pumpwerk Wolferode, um die steigenden Bedarfsanforderungen der Kunden abzudecken.

Zur Versorgung eines neuen Kunden aus dem Industriebereich wurde im Raum Bitterfeld/Sandersdorf eine neue Anschlussleitung errichtet, um die Lieferung des Produktionswassers im ersten Quartal des Jahres 2020 aufnehmen zu können.

Um die Substanz zu erhalten, wurden die Anstrengungen in den letzten Jahren bereits verstärkt, indem das jährliche Investitionsvolumen auf circa 14 Millionen Euro erhöht wurde. Da verschiedene grundsätzliche Erneuerungen von wichtigen Anlagenteilen als komplexe Vorhaben gegenwärtig realisiert und bereits fortgeschritten geplant wurden, sind hohe Investitionen auch in den folgenden Jahren erforderlich.

Gesamtleistung, Aufwandspositionen und Jahresüberschuss, Angaben in Millionen Euro (Mio. €)



Digitalisierung

Die digitale Modernisierung des Unternehmens ist Aufgabe und Herausforderung zugleich. Die Anforderungen an Unternehmen der kritischen Infrastruktur, zu denen wir gehören, und die Erwartungen und Möglichkeiten, die bestehen, sind in Einklang zu bringen. Wir versuchen, alle Mitarbeiter in diesen Prozess einzubinden und größtmögliche Akzeptanz zu erreichen.



III. Ziele und Strategien

Die veränderte Gesellschafterkonstellation, hervorgerufen durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur „Kommunalisierung“, erforderte einen neuen Gesellschaftsvertrag. Dieser im Januar 2020 beschlossene Vertrag beschreibt die Kernaufgabe des Unternehmens unverändert. In Paragraph 4 des neuen Gesellschaftsvertrages heißt es: „Gegenstand des Unternehmens ist die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser und Überleitung des Trinkwassers mittels Fernleitungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die mit der Wasserversorgung unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen und die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes dienen. Belange des Umweltschutzes sind zu berücksichtigen.“

Die wachsende Bedeutung eines sicher funktionierenden Fernwassersystems bestätigte sich einmal mehr im Verlauf des Jahres 2019. Zum einen musste eine hohe Nachfrage der Kunden abgedeckt werden. Zum anderen ist zu konstatieren, dass industrielle Neuansiedlungen, die einer größeren Wasserbereitstellung bedürfen, in vielen Regionen des Versorgungsgebietes nur dank der Leistungsfähigkeit des Fernwassersystems möglich sind, da entsprechende lokale Ressourcen in der Regel nicht zur Verfügung stehen.

Die Fernwasserversorgung ist damit ein elementarer Baustein der Daseinsvorsorge in den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. In der Präambel des oben genannten neuen Gesellschaftsvertrages heißt es dazu unter anderem: „Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

liefert mittelbar und unmittelbar Trinkwasser an städtische und gemeindliche, daneben auch an private Abnehmer. Sie setzt im Interesse des Gemeinwohls ihre Ressourcen wirtschaftlich ein, sichert den notwendigen öffentlichen Einfluss in allen Angelegenheiten der Wasserversorgung und fördert einen zweckmäßigen Ausgleich durch vertikale Integration von Fernwasserbeschaffung und lokaler Wasserverteilung, um hierdurch die Wasserversorgung so sicher wie möglich zu gestalten und die lokalen Wasserversorger in die Lage zu versetzen, die Endabnehmer zu sozialverträglichen Gebühren beziehungsweise Preisen mit Wasser zu versorgen.“

Weiter heißt es: „Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wird nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und nachhaltigen Wasserversorgung zu einem kostendeckenden Preis unter Berücksichtigung einer angemessenen Substanzerhaltung geführt.“

Mit den genannten Schwerpunkten

- sichere Wasserversorgung,
- sozialverträgliche Entgelte,
- angemessene Substanzerhaltung und
- Berücksichtigung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit

sind bereits wichtige Leitlinien der Unternehmenspolitik festgeschrieben, die es nachfolgend detaillierter abzustimmen gilt. Dafür bilden die bisher erarbeiteten, den jeweiligen Entwicklungen stets angepassten langfristigen Konzepte eine wichtige Grundlage. Gleichwohl besteht die Aufgabe, sie mit neuen Erkennt-

nissen zu justieren und damit die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem neuen Gesellschafterkreis abzustimmen.

Zur nachhaltigen Erfüllung der Aufgaben zählt zweifellos auch der Erhalt der Leistungsfähigkeit in Form des Know-hows der Mitarbeiter. Die Rekrutierung junger, leistungsbereiter und gut ausgebildeter Fachkräfte ist vor allem unter Beachtung der Altersstruktur unserer Mitarbeiter eine besondere Herausforderung für die kommenden Jahre. Das sehr langfristig angelegte Personalentwicklungskonzept ist die Grundlage für die diesbezüglich einzuleitenden Aktivitäten.

Eine weitere Aufgabe für das Unternehmen bleibt, den für die Produktion und Verteilung des Trinkwassers erforderlichen Energieeinsatz weiterhin in das Blickfeld zu nehmen. Das 2014 eingeführte und wiederholt zertifizierte Energiemanagementsystem (die letzte Rezertifizierung fand Anfang Februar 2020 statt) bietet dafür eine sehr gute Grundlage. Darauf aufbauend müssen die definierten Energiekennzahlen auch in den nächsten Jahren regelmäßig aktualisiert werden. Die Energieeffizienz hat aufgrund des mit dem Stromverbrauch verbundenen Kostenblocks auch aus monetärer Sicht einen hohen Stellenwert. Die im Zuge der Debatte um den Klimawandel seitens der Bundesregierung beschlossenen Gesetze zur Reduzierung von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in der Atmosphäre führen durch die Einführung eines CO₂-Zertifikats zum weiteren Anstieg der Energiekosten, womit diese Aufgabe unterstrichen wird.

IV. Forschung und Entwicklung

Die konzeptionellen Arbeiten zur weiteren Entwicklung des Unternehmens, speziell der Anlagen und Netze des Fernwasser-Versorgungssystems, stehen unter dem Eindruck der witterungsbedingten Extremsituationen der Jahre 2018 und 2019. Dies findet Niederschlag im Fernwasserentwicklungskonzept (FEK), das seit den Jahren 2007/2008 kontinuierlich fortgeschrieben und dabei den äußeren Rahmenbedingungen angepasst wird.

Dominierten früher die Auswirkungen der demografischen Entwicklung die Anpassungsstrategie in Form des Rückbaus von Kapazitäten, stehen nunmehr die klimatischen beziehungsweise meteorologischen Einflüsse wie oben genannt im Fokus. Diese werden überlagert durch gesellschaftlich-regionale Entwicklungen, wie zum Beispiel die Neuansiedlung von Großindustrien oder den Strukturwandel, der im Zuge der Klimadebatte speziell auch in unserer Region zu gestalten ist. Das beherrschende Thema Klimawandel hat mithin in mehrfacher Hinsicht gravierende Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung des Unternehmens. Aufgabe muss es sein, diese Auswirkungen rechtzeitig zu analysieren und die notwendigen strategischen Schlussfolgerungen abzuleiten.

Erkennbar ist eine deutliche Trendumkehr der Nachfrage nach Wasser aus dem Fernwassersystem. Gingen frühere Prognosen (vornehmlich beeinflusst durch die demografischen Effekte) für die Zeiträume ab 2020/2025 von bereitzustellenden Jahresmengen von circa 70 Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr aus, so wurden in den beiden zurückliegenden Jahren Wasserlieferungen von über 80 Millionen Kubikmetern pro Jahr realisiert.

Die vorliegenden Anfragen der Kunden des Unternehmens beziehungsweise neuer Kunden sowohl aus dem kommunalen als auch dem industriellen Bereich zeigen, ausgehend von den Werten der Jahre 2018 und 2019, eine steigende Tendenz, sodass sich Liefermengen über 80 Millionen Kubikmetern in Zukunft verstetigen werden.

Dieser Trend auf der Nachfrage- beziehungsweise Bedarfsseite ist nicht losgelöst von Fragen der Dargebotsicherung sowie weiter ansteigenden Spitzenverbräuchen in den Frühjahrs- beziehungsweise Sommermonaten zu betrachten. Diese Spitzenverbräuche treten dabei zunehmend an mehreren zusammenhängenden Tagen (Q7) auf und führen dazu, dass die Systemverfügbarkeit einen noch höheren Stellenwert erhält.

Planmäßige Arbeiten, die Außerbetriebnahmen von Anlagenteilen oder Netzabschnitten erfordern, sind in der Regel nur noch in verbrauchsschwachen Zeiten einzuordnen. Bei der Absicherung der Dargebote müssen sowohl die Bereitstellung der Wassermenge als auch die Aspekte der Wasserqualität Beachtung finden – das betrifft das Rohwasser aus dem Talsperrensysteem des Ostharzes ebenso wie das aus den Brunnen der Elbaue.

Um die Kapazitäten für Gewinnung und Aufbereitung weiter zu entwickeln, wurde für die 100. Aufsichtsratssitzung ein Beschluss zur Sicherung der Dargebote vorbereitet. Nach umfassender Diskussion bestätigte der Aufsichtsrat die planungstechnischen Vorarbeiten, um das im Jahr 2011 stillgelegte Wasserwerk Sachau in der Elbaue zu reaktivieren.

Eine inzwischen erstellte Studie zur Gestaltung der Wassergewinnung

dient als Basis dafür, die wasserrechtliche Erlaubnis neu zu beantragen. Darüber hinaus wurde eine Vorplanung für die Aufbereitungsanlage beauftragt, in deren Ergebnis die Frage beantwortet werden soll, ob Teile der Altsubstanz ertüchtigt werden können oder ein komplexer Wasserwerksneubau zu bevorzugen ist. Darüber hinaus soll damit eine qualifiziertere Kostenbasis für die endgültige Entscheidung in den Gremien zum Wasserwerksstandort geschaffen werden.

Sofern die Reaktivierung des stillgelegten Wasserwerks Sachau bestätigt wird, müssen die damit verbundenen Investitionsmaßnahmen in den mittelfristigen Investitionsplan integriert und über die Finanzierung dieses Vorhabens gesondert entschieden werden.

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wirkt in einer Arbeitsgruppe mit, die sich mit der Neufassung der Schutzzonen-Verordnung für das Ostharz-Talsperrensysteem beschäftigt. In der Arbeitsgruppe, die vom Umweltamt des Landkreises Harz geleitet wird, wurde ein Entwurf verabschiedet und auf den weiteren Weg der Behördenabstimmung gebracht. Das Engagement dient dazu, die Qualität des Rohwassers zu sichern.

Die laufende Qualitätsüberwachung des Rohwassers aus dem Talsperrensysteem wurde mit dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR (TSB) vertraglich neu vereinbart, wobei das bisher praktizierte Monitoringprogramm fortgeschrieben wurde.

Die qualitative Auswertung des Rohwassermonitorings in der Elbaue erfolgt unter anderem im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Wasserversorgern in der Arbeits-

gemeinschaft der Wasserversorger im Einzugsgebiet der Elbe (AWE). Einen Schwerpunkt stellt dabei die Auswertung der Analysen auf organische Spurenstoffe dar. Unterstützt wird diese Arbeit durch Forschungseinrichtungen der Branche, zum Beispiel durch das Technologiezentrum Wasser des DVGW. Dabei fließen Erkenntnisse aus bundesweiten Projekten wie der „Spurenstoffstrategie des Bundes“ ein, die über die Branchenverbände begleitet werden.

Hervorzuheben ist, dass auf Initiative der AWE die Zusammenarbeit mit anderen deutschen und europäischen Arbeitsgemeinschaften von Wasserversorgern in Flusseinzugsgebieten neu belebt wurde. Gemeinsam mit den sich an Rhein, Ruhr, Donau und Maas engagierenden Fachkollegen

wurde eine fachliche Stellungnahme im Zuge des von der EU-Kommission eingeleiteten Fitness-Checks für die Wasserrahmenrichtlinie erstellt und an diese übergeben.

Damit wurde eine sehr gute Argumentationsgrundlage gegenüber der Politik beziehungsweise den Umweltbehörden geschaffen. Diese gewinnt für die Zukunft weiter an Bedeutung, da seitens der EU-Kommission eine Novellierung der EU-Trinkwasserrichtlinie weiter vorangetrieben wurde. Mit ihrer Verabschiedung ist im Verlauf des Jahres 2020 zu rechnen. Es ist bereits bekannt, dass die Anforderungen an die Qualitätsüberwachung des Trinkwassers weiter verschärft werden, indem die Richtlinie um Parameter aus dem Spurenstoffspektrum ergänzt wurde.

Die auf nationaler und EU-Ebene gegenwärtig laufenden Prozesse der Wasserpolitik werden durch die aktive Mitwirkung in den verschiedensten Gremien der Fachverbände (DVGW, BDEW, ATT) begleitet. Als ein Schwerpunkt im Jahr 2019 wurde die Bedeutung der öffentlichen Wasserversorgung hervorgehoben. Ihr ist ein Vorrang vor anderen Nutzungsinteressen an der Ressource Wasser einzuräumen. Die Notwendigkeit, diese Forderung in das Zentrum bei Projekten wie dem „Nationalen Wasserdialo“ zu stellen beziehungsweise in Aktivitäten wie dem „Wasserimpuls“ des DVGW zu betonen, leitet sich aus den bereits in jüngerer Vergangenheit festgestellten Nutzungskonflikten ab, die durch die verschiedenen Interessengruppen hervorgerufen werden.

V. Prognose

Die positive Absatzentwicklung insbesondere der letzten beiden Geschäftsjahre und weitere durch entsprechende Vertragsabschlüsse abgesicherte Absatzmengen werden in den Folgejahren zu steigenden Absätzen führen. Dies wurde in die Planung eingearbeitet. Für das Geschäftsjahr 2020 wird nunmehr ein Trinkwasserabsatz von 79,3 Millionen Kubikmetern erwartet. Dieser wird sich in den Folgejahren bis 2024 auf bis zu 81,5 Millionen Kubikmeter weiter erhöhen.

Neben den Absatzerweiterungen in bestehenden Kundenbeziehungen wurden neu abgeschlossene Verträge, aber auch demografische Entwicklungen berücksichtigt. Die damit zu realisierenden Umsatzerlöse werden sich von 42,13 Millionen Euro im Jahr 2020 bis auf 44,31 Millionen Euro im Jahr 2024 erhöhen. Darin enthalten sind die weiterzuberechnenden Wasserentnahmeentgelte beziehungsweise -abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Die Positionen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstige Dienstleistungen, insbesondere Laborleistungen gegenüber Kunden, werden in 2020 auf dem Niveau der Vorjahre einkalkuliert.

Auf Basis der für 2020 eingeplanten Investitionsmaßnahmen erwartet das Unternehmen aktivierbare Eigenleistungen durch den Einsatz eigener Mitarbeiter und Technik in einer Höhe von 2,33 Millionen Euro. Dieser Wert liegt im mehrjährigen Durchschnitt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in einer Höhe von 0,48 Millionen Euro resultieren im Wesentlichen aus der Erstattung von Netznutzungsentgelten beziehungsweise Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen.

Für das Geschäftsjahr 2020 sind Materialaufwendungen von 18,15 Millionen Euro eingeplant. Die größten Einzelpositionen betreffen den Stromauf-

wand und die Kosten für den Rohwasserbezug für das Wasserwerk Wienrode von 5,31 Millionen Euro beziehungsweise 4,51 Millionen Euro.

Basis der Personalplanungen sind das Personalentwicklungskonzept, die Regelungen des Tarifvertrages Versorgungsbetriebe und die individualvertraglichen Regelungen zur 37-Stunden-Woche. Mittelfristige Zielstellung des Personalentwicklungskonzeptes ist es, mit circa 200 Mitarbeitern die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen. Dazu wird zukünftig die Akquisition neuer Arbeitskräfte notwendig sein. Im Geschäftsjahr 2020 wird mit einem Personalaufwand von 14,43 Millionen Euro gerechnet.

Die Investitionsstrategie der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH folgt der Zielstellung, die bedarfs- und qualitätsgerechte Versorgung der Kunden jederzeit sicherzustellen. Investitionsschwerpunkte wurden im Rahmen des Fernwasserentwicklungskonzept-

tes analysiert und für die nächsten Jahre festgeschrieben.

Im Jahr 2020 sollen wesentliche Investitionsprojekte der Vorjahre weiter fortgeführt beziehungsweise beendet

werden. Dafür sollen Investitionen in einem Umfang von 14,31 Millionen Euro realisiert werden.

Für das Geschäftsjahr 2020 wird mit einem Jahresergebnis von 1,68 Mil-

lionen Euro gerechnet. Mittelfristig wird eingeschätzt, dass sich die Jahresergebnisse unter den aktuellen Rahmenbedingungen leicht auf 1,90 Millionen Euro verbessern werden.

VI. Risikobericht

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsjahr 2020 ist gesichert. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand beziehungsweise Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft schreibt zwei Mal jährlich eine Risikoanalyse vor. Dabei wurden folgende wesentlichen Einzelrisiken identifiziert:

- hohe Auslastung der verfügbaren Aufbereitungs- und Transportkapazitäten, Prüfung notwendiger Systemverstärkungen in Teilbereichen,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- schwierigere Entsorgungsstrategien für Filterrückspülwasser durch Verschärfung der Umweltsetze und -verordnungen,
- aufgrund der aktuellen konjunkturellen Situation stark steigende Preise für Material und Fremdleistungen,
- rechtzeitige Akquisition von qualifiziertem Personal zur Wiederbesetzung altersbedingt freierwerdender Stellen.

Für alle Einzelrisiken wurden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung beziehungsweise Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine lau-

fende, systematische Überwachung aller Risiken. Insbesondere durch das Fernwasserentwicklungskonzept wurden wesentliche Rahmenbedingungen analysiert und zukünftige Zielstellungen beziehungsweise Handlungsrahmen formuliert. Werden Abweichungen festgestellt, zum Beispiel durch veränderte Bedarfsanforderungen von Bestands- und Neukunden, wird entsprechend zeitnah reagiert. Begleitet wird dies durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes mit dem Ziel, Risiken zu reduzieren.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichtes im ersten Halbjahr 2020 haben sich aufgrund der Corona-Pandemie weitere neue Risiken ergeben, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen.

Die Verbreitung des Corona-Virus war bereits Mitte Februar 2020 Veranlassung, die im Unternehmen vorhandenen Maßnahmenpläne für Notfallsituationen, hier speziell für das Eintreten einer Pandemie, auf ihren notwendigen Aktualisierungsbedarf zu prüfen und anzupassen. Die festgelegten zusätzlichen organisatorischen und technischen Maßnahmen dienten schwerpunktmäßig der Sicherstellung der Versorgungsaufgabe.

Im März wurde aufgrund der fortschreitenden Entwicklung ein regelmäßig tagender Krisenstab eingerichtet, durch den die Entwicklungen analysiert und weitergehende Festlegungen getroffen wurden. Trotz der rechtzeitigen und umfassenden

Einleitung von vorbeugenden Maßnahmen muss für das Geschäftsjahr 2020 mit folgenden zusätzlichen Risiken gerechnet werden:

- ausbleibende Erlöse aus der Wasserlieferung; diese insbesondere aus der Direktbelieferung von Kunden des Industriebereiches, aber auch durch reduzierte Nachfrage des Industrie- und Gewerbebereichs der Weiterverlebkunden,
- Anstieg der Kosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beziehungsweise Aktivitäten zur Sicherstellung der Verfügbarkeit,
- höhere Personalkosten, sofern zusätzliche Leistungen zur Sicherung der Verfügbarkeit des Personals notwendig werden,
- zusätzliche Kosten zur Beschaffung von Materialien und Ausrüstungen zum Schutz der Mitarbeiter,
- gegebenenfalls Finanzierungsrisiken.

Es wird eingeschätzt, dass die genannten zusätzlichen Risiken nur temporär auftreten und beherrscht werden können. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen für die Zukunft nicht.

Urbanisierung

Unser Versorgungsgebiet ist eher ländlich geprägt, wengleich die Städte Leipzig und Halle (Saale) den Wasserabsatz dominieren. Besonders die Stadt Leipzig wächst in hohem Tempo, was natürlich auch besondere Ansprüche an die Versorgungsdienstleister stellt. Wir rechnen mit weiter steigenden Wasserbedarfen aus beiden Kommunen, aber auch aus dem direkten Umland bis zum Jahr 2030.

VII. Unternehmerische Verantwortung

Bereits in unserem Gesellschaftsvertrag sind Schwerpunkte unternehmerischer Verantwortung definiert. Als kommunales Unternehmen verpflichten wir uns, eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung des Unternehmens herbeizuführen, die eine angemessene Erhaltung der Substanz und gleichzeitig sozialverträgliche Entgelte garantiert. Auch Umweltschutz und nachhaltiger Schutz der Ressourcen finden im Gesellschaftsvertrag ihre Berücksichtigung als Leitplanken unternehmerischen Handelns.

Immer stärker spüren wir bei unserer Arbeit mit der Ressource Wasser die Auswirkungen des Klimawandels. Veränderungen im Wasserhaushalt und im Landschaftsgefüge unserer Einzugsgebiete sind nicht zu übersehen. Im Jahr 2019 haben wir deshalb erstmals den Verein Bergwaldprojekt e.V. mit einer Spende unterstützt, die in eine Maßnahme zur Wiederaufforstung am Harzer Wurmberg fließt. Der Wurmberg ist Teil unseres Einzugsgebietes auf niedersächsischem Territorium und durch die schweren Forstschäden im Harz besonders betroffen.

Daneben führen wir die bewährten Kooperationen mit dem Landschaftspflegeverband Harz e.V., dem Landschaftspflegeverband Torgau-Oschatz e.V. sowie dem Verein Dübener Heide e.V. fort.

Neben dem Klimawandel und seinen Auswirkungen ist die Digitalisierung ein weiteres Schwerpunktthema der Debatte des vergangenen Jahres. Hier liegt es in der Verantwortung des Unternehmens, Potenziale besser zu nutzen und Strukturen zu-

gunsten der Mitarbeiter und Kunden effizienter zu gestalten. Die Neuausstattung von Abgabestationen mit digitalen Zählern zur Fernablesung ist dafür ein Beispiel. In 2019 wurden weitere 61 Stationen ausgerüstet. Allein für diese Anzahl von Stationen entfällt damit ein manueller Ableseaufwand von rund 800 Arbeitsstunden jährlich. Dazu kommen die Fahrstrecken, die eingespart werden. Es ist geplant, bis zum Jahresende 2020 alle Abgabestellen mit digitalen Zählern auszustatten.

Darüber hinaus hat das Unternehmen am DVGW-Projekt „Reifegradmodell“ teilgenommen, das eine Standortbestimmung innerhalb der Wasserversorgung ermöglichte. Mit diesen Erkenntnissen wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der Vertreter aller Unternehmensbereiche mitwirken und die zunächst mögliche Einsatzfelder für weitere Digitalisierungsprojekte bestimmte. Dies erfolgte unter breiter Einbeziehung der Belegschaft in Form einer Bedarfsanalyse. Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung wurden durch die Arbeitsgruppe bewertet und priorisiert. An der Umsetzung der mit hoher Wertigkeit eingestuftten Vorhaben wird nun gearbeitet.

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH hat im Jahr 2019 weniger Energie zur Trinkwasserproduktion benötigt als 2018. Insgesamt wurden 1,7 Gigawattstunden Elektroenergie weniger verbraucht als im Vorjahr. Bezogen auf die 2018 eingesetzte Energiemenge entspricht dies einem Rückgang um 5,9 Prozent. Die Trinkwasserproduktion reduzierte sich im gleichen Zeitraum ebenfalls, jedoch nur um 3,6 Prozent. Über das

Gesamtunternehmen hinweg sank der spezifische Energiebedarf je Kubikmeter produziertes Trinkwasser im Vergleich der beiden Jahre um 2,4 Prozent.

Dieser Rückgang fand an allen Standorten des Unternehmens, mit Ausnahme des Pumpwerkes Wolferode, statt. Ursächlich sind jeweils individuelle Maßnahmen, die an den einzelnen Standorten umgesetzt wurden. Viele dieser Maßnahmen sind betrieblicher Natur und zielen auf eine wirtschaftliche Fahrweise der Förderpumpen. Daneben wurden Maßnahmen zur Instandhaltung und Erneuerung durchgeführt, in deren Ergebnis ein energetisch wirtschaftlicherer Betrieb erreicht werden kann-

te. Beispiele für solche erfolgreichen Maßnahmen sind in der Tabelle dargestellt. Am Pumpwerk Wolferode wurde eine erhebliche Mehrmenge gefördert, um die Wasserlieferungen in diesem Bereich des Versorgungssystems abzudecken. Damit geht aus hydraulischen Gründen ein überproportionaler Energieanstieg einher. Allerdings konnten zugleich betriebliche Optimierungsmaßnahmen umgesetzt werden, sodass der unvermeidliche Anstieg des Energiebedarfes geringer ausfiel als erwartet. Nach einer detaillierten Bewertung der verzeichneten Erfolge muss in den Folgejahren versucht werden, das gesunkene Energieniveau dauerhaft zu etablieren und zu halten.

BEISPIELE FÜR MASSNAHMEN ZUR EINSPARUNG VON ENERGIE	
WW Torgau-Ost	Reinigung Rohwasserstrang 3
WW Mockritz	Erneuerung von Brunnen der Wasserfassung 3
PW Maßnitz	Hydraulische Optimierung der Abgabe in Richtung Zeitz
PW Wolferode	Optimierung der Fahrweise
WW Wienrode	Anpassung von Nebenprozessen

Der Jahresabschluss

Als große Kapitalgesellschaft unterliegt die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH einer jährlichen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie einer Prüfung nach Paragraph 53 HGrG (Haushaltsgrundsätzegesetz). Für das Geschäftsjahr 2019 übernahm die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mazars GmbH & Co. KG

diese Prüfungen. Nach Abschluss der Prüfung wurde durch die Prüfer ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Auf den folgenden Seiten weisen die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung die einzelnen Geschäftspositionen im Detail aus.

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 in €	2018 in €
1. Umsatzerlöse	44.502.107,85	49.700.300,43
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	2.538.180,94	2.460.767,84
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.116.808,38	1.020.706,65
	48.157.097,17	53.181.774,92
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10.796.331,32	11.447.534,84
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.735.465,51	10.622.876,15
	16.531.796,83	22.070.410,99
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	11.368.985,31	10.943.707,75
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung - davon für Altersversorgung: 485.197,78 € (Vorjahr: 500.066,68 €)	2.704.746,38	2.601.712,63
	14.073.731,69	13.545.420,38
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.015.924,57	8.891.661,04
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.584.770,24	5.506.146,76
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.288,96	120,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon Aufwendungen aus der Aufzinsung: 92.642,00 € (Vorjahr: 97.873,00 €)	505.230,85	567.755,73
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.638,00	81.975,00
	2.437.293,95	2.518.525,02
11. Ergebnis nach Steuern	138.588,32	136.219,14
12. Sonstige Steuern		
13. Jahresüberschuss	2.298.705,63	2.382.305,88

Bilanz zum 31. Dezember 2019

AKTIVA	31.12.19 in €	31.12.18 in €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	82.903,00	118.983,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	18.121.309,01	18.532.869,16
2. Technische Anlagen und Maschinen	125.865.524,00	111.070.206,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.537.894,00	2.252.396,00
4. Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	6.277.615,77	15.948.051,18
	152.802.342,78	147.803.522,34
	152.885.245,78	147.922.505,34
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.522.783,24	1.775.652,30
2. Waren	2.517,70	2.729,32
	1.525.300,94	1.778.381,62
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.766.435,75	4.074.668,17
2. Forderungen gegen Gesellschafter	552.501,97	528.465,54
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.130.546,13	1.517.983,30
	5.449.483,85	6.121.117,01
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.511.299,32	2.271.689,26
	9.486.084,11	10.171.187,89
C. Rechnungsabgrenzungsposten	116.283,79	77.415,39
	162.487.613,68	158.171.108,62

PASSIVA	31.12.19 in €	31.12.18 in €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822.970,00	127.822.970,30
II. Kapitalrücklage	0,30	0,00
III. Verlustvortrag	-5.327.704,27	-7.710.010,15
IV. Jahresüberschuss	2.298.705,63	2.382.305,88
	124.793.971,66	122.495.266,03
B. Sonderposten für Investitionszulagen nach dem InvZuG	58.953,00	65.213,00
C. Empfangene Ertrags- und Baukostenzuschüsse	315.889,00	338.174,00
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.423.830,00	1.442.701,00
2. Steuerrückstellungen	17.598,00	81.975,00
3. Sonstige Rückstellungen	6.360.967,63	5.990.574,73
	7.802.395,63	7.515.250,73
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.232.054,28	23.604.425,00
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.183,22	8.183,22
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.201.976,75	3.988.799,38
4. Sonstige Verbindlichkeiten		
- aus Steuern: 1.688,63 € (Vorjahr: 302,20 €)		
- im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.079,21 € (Vorjahr: 0,00 €)	74.190,14	155.797,26
	29.516.404,39	27.757.204,86
	162.487.613,68	158.171.108,62

Demografie

Noch vor ganz wenigen Jahren war der demografische Wandel der beherrschende Trend in der Diskussion um die Entwicklung der Wasserbedarfe. Auch wenn der Bevölkerungsrückgang und die Überalterungsprozesse nicht mehr so dominant sind, sind sie doch besonders in den ländlich geprägten Gebieten des Versorgungsraumes nicht verschwunden. Die Auswirkungen werden von anderen Entwicklungen überlagert.



Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Dem im elektronischen Bundesanzeiger eingereichten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau, wurde der folgende Bestätigungsvermerk erteilt:

Wir haben den Jahresabschluss der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetz-

lichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts 2019, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Der Aufsichtsrat ist für die folgenden sonstigen Informationen verantwortlich:

- den Bericht des Aufsichtsrats im Geschäftsbericht 2019.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir hierzu weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen:

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen ent-

sprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus »

und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegeben-

heiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach

und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, 9. April 2020

Mazars GmbH & Co. KG

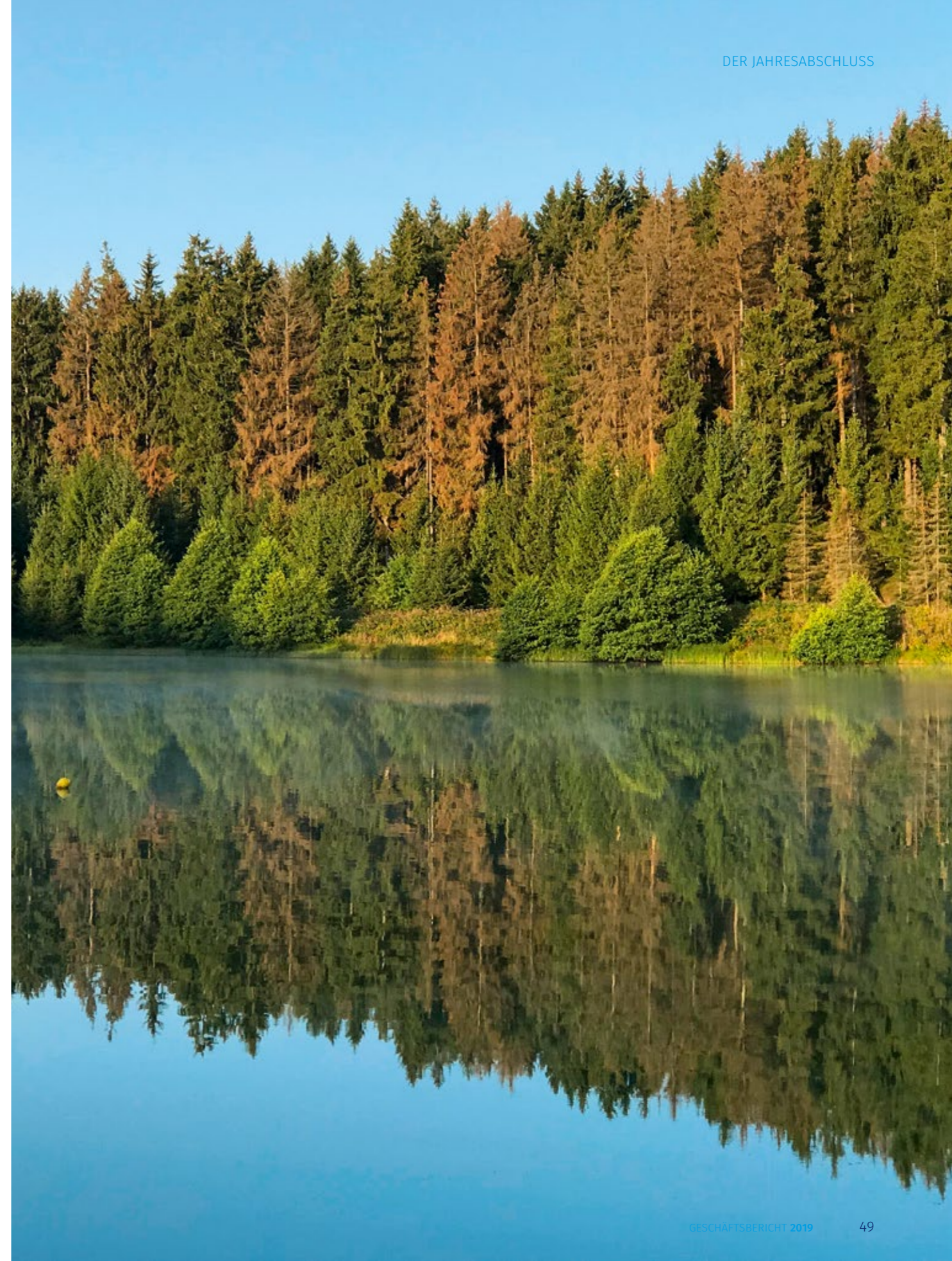
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Bert Franke

Wirtschaftsprüfer

gez. Ulf Urner

Wirtschaftsprüfer



Trinkwasserqualität 2019

PARAMETER	EINHEIT	GRENZWERT/ ANFORDERUNG	WASSERWERK		
			Wienrode	Torgau-Ost	Mockritz
Gesamthärte	°dH		3,6	11,2	17,7
Säurekapazität pH 4,3	mmol/l		0,72	1,56	2,32
Sauerstoff gelöst	mg/l O ₂		12,4	10,4	11,0
Aluminium	mg/l	0,2	<0,04	n. n.	<0,04
Ammonium	mg/l	0,5	n. n.	n. n.	n. n.
Chlorid	mg/l	250	17,5	39,1	42,5
Koloniezahl bei 22°C*	Anzahl/ml	20	0	0	0
Koloniezahl bei 36°C*	Anzahl/ml	100	0	0	0
Elektrische Leitfähigkeit	µS/cm	2.790 bei 25°C	199	530	724
Nitrat	mg/l	50	6,8	1,1	1,3
Summe PBSM	mg/l	0,0005	n. n.	n. n.	n. n.
Blei	mg/l	0,01	n. n.	< 0,00035	n. n.
Kupfer	mg/l	2	n. n.	n. n.	n. n.
Polyzyklische aromatische KW	mg/l	0,0001	n. n.	n. n.	n. n.
Trihalogenmethane	mg/l	0,05	0,0049	<0,0004	0,0008
Mangan	mg/l	0,05	<0,003	<0,003	<0,0031
Natrium	mg/l	200	9,5	21,6	20,7
Sulfat	mg/l	250	23,8	117	188
Trübung	NTU	1	0,09	0,09	0,10
Wasserstoffionen- konzentration	pH-Einheiten	≥6,5 und ≤9,5	8,58	7,89	7,79

* Prüfverfahren nach TrinkwV Anlage 5 Teil I d) bb)
Diese Daten spiegeln ein ausgewähltes Spektrum wider. Detaillierte Informationen finden Sie in unserem Trinkwasserjahresbericht und im Internet unter www.fwv-torgau.de.

Impressum

HERAUSGEBER

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Telefon: +49 3421 757-0
Telefax: +49 3421 757-235

E-Mail: info@fwv-torgau.de
Internet: www.fwv-torgau.de

KONZEPT UND LAYOUT

Robert Sittig
WOLFFBERG Management Communication GmbH
www.wolffberg.de

FOTOS

Bertram Bölkow, Peter Eichler, ©sergeklein/
www.istockphoto.com, ©robert_s/shutterstock.com

DRUCK

FRITSCH Druck GmbH, www.fritsch-druck.de
Der Druck erfolgt klimaneutral (ClimatePartner.com/11952-2006-1004)
auf FSC-zertifizierten Papieren.

